

Riesner Tageblatt



ger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

hain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Verlagspreis
Nr. 20.

der Rör

Nr. 16.

Freitag, 20. Januar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Zwickau, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langert & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Die Maus- und Klauenpeste unter den Viehbeständen der Gebäfte Nr. 50 in Weida und Nr. 65 in Gröba ist erloschen. Großenhain, den 13. Januar 1893.

Die königliche Amtshauptmannschaft.
v. Wilucki.

Mf.

174 E.

Tagesgeschichte.

Auch in Württemberg macht die antisemitische Bewegung reißende Fortschritte. Im Landtage ist der Abgeordnete für Ulm-Land, Stadtschultheiß Haug, aus der deutschen Partei ausgetreten, weil er auf dem antisemitischen Standpunkt steht, dem im schwäbischen Oberland allmählich Alles zuzufallen scheint. Haugs Austritt nach so langer, treuer Mitarbeit ist, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, ein nicht genug zu beachtendes Signal, ein erstes Wetterzeichen des auch bei uns heranbrauenden antisemitischen Sturmes. — Die bevorstehende Reichstagswahl in Wien wird allem Anscheine nach eine erneute Auflage der Wahl in Arnswalde-Friedeberg. Der freisinnige Kandidat Stadtrath Becker hat, wie schon gemeldet, vor den Antisemiten die Finte ins Korn geworfen. Die „unedle Kampfweise der Gegenpartei“, die ihn zu diesem Schritte veranlaßt, besteht lediglich darin, daß eine von den Freisinnigen einberufene Volksversammlung sich als eine Versammlung mit antisemitischer Mehrheit entpuppte. Die „A. Volks-Ztg.“ meint dazu: „Das ist ja unangenehm, aber ein Kandidat, der sich in den politischen Kampf stürzt, sollte doch deshalb nicht gleich verzweifeln. Daß er nicht überall mit Hurrah empfangen und als einer der größten deutschen Männer gefeiert werden würde, konnte er im Voraus wissen. Die freisinnige Presse hat also ganz recht, wenn sie ihm seine Fahnenflucht bitter verübelt. Es handelt sich nicht um die Person des Kandidaten allein, die ganze Partei ist damit in die größte Verlegenheit gerathen. Wenn der General einer Armee die Schlacht beim ersten Kanonenschuß verloren wähnt, so beforcht auch der kleinste Gegner Muth und die eigenen Reihen gerathen in Verwirrung. Wirklich bekennet die freisinnige Presse bereits, die Partei sei in klägliche Lage gerathen und der Verlust des Mandates nicht unmöglich. Ein Theil der Blätter that zwar noch unverzagt, aber mehr, um den Freunden Muth zu machen, als weil sie selbst Muth hätten.“ Die antisemitische „Staats-Ztg.“ spricht bereits von dem „großartigen Anfluge“, den die Candidatur des Rechtsanwaltes Hertwig im Wahlkreise Wien genossen habe.

Eine Krisis recht schwerer Art drohte jetzt am Nilgestade, da der jugendliche Khedive Abbas plötzlich in einer Weise Selbstständigkeits-Gelüste verspürte, welche die energischste Stellungnahme der britischen Machthaber zur Folge hatte. Es handelte sich dabei um die jüngsten Ministererennungen, betreffs deren dem Khedive wohl das formelle Recht zustand, deren Sanctionirung jedoch nicht erfolgte, weil die Engländer, welche nun einmal im Pyramidenlande das Szepter in den Händen haben, vorher nicht gefragt worden waren. Da im Weiteren gemeldet wurde, daß gewisse Einflüsse dem jungen Vicelkönig gegenüber sich geltend gemacht hätten, so conferirte vor einigen Tagen der britische Minister des Auswärtigen alsbald mit den Vorkämpfern Rußlands und Frankreichs, wobei es angeblich zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein soll. Gladstone berief hierauf sofort einen Ministerrath, welcher in langandauernder und zugleich höchst bewegter Sitzung den Beschluß faßte, ohne Schonung gegen den Khedive vorzugehen und rücksichtslos die vollste Abhängigkeit des Vicelkönigs von England herzustellen. In Kairo rief die telegraphische Meldung von dem Verlaufe dieses Ministerrathes die größte Erregung hervor; da jedoch eine Hilfe der übrigen Mächte nach Lage der gegenwärtigen politischen Verhältnisse für die ägyptische Regierung nicht zu erbringen ist, so blieb schließlich absolut nichts Anderes übrig, als klein beigugehen und die Krisis offiziell als beendet zu erklären. Dem englischen Gesandten Cromer gegenüber hat der Khedive laut den vorliegenden neueren Meldungen bereits sein Bedauern über die jüngsten Vorkommnisse ausgesprochen und ferner erklärt, er werde Niaz Pascha an Stelle von Salibri Pascha zum Ministerpräsidenten ernennen. Der englische Gesandte Cromer nahm dies Zugeständniß an und Ruhe herrscht nun wieder im Lande der Pharaonen.

Deutsches Reich. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlass der Minister der Innern, des Handels und des Cultus vom 15. December 1892 an die Oberpräsidenten, betreffend die Ausführungssammlungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, worin unter Einforderung entsprechender Berichterstattung seitens der Oberpräsidenten die Wirkung des Gesetzes auf die verschiedenen Kreise der Gewerbetreibenden behandelt und die Frage erörtert wird, wie den zahlreichsten Beschwerden im Verwaltungswege, ohne Aenderung des Gesetzes, abgeholfen werden könnte. Bei eventuellem Anhörungs der Beteiligten seien auch die Handlungsgehilfen zu vernehmen.

Im preussischen Abgeordnetenhause erklärte gestern der Arbeitsminister Thielen, die Regierung werde das Staatsbahnnetz ausdehnen, soweit die Finanzlage dies gestatte. Im nächsten Frühjahr werde eine lebhafte Thätigkeit im Eisenbahnbau, sowie auf anderen Gebieten beginnen, wodurch vielen Tausenden von Arbeitern Gelegenheit zum Broderwerb gegeben werde.

Der Streik im Saarrevier ist beendet. Im Ganzen sind 242 209 Schichten veräußert worden, was einem Lohne von 925 000 M. entspricht. Die Bergleute haben absolut gar nichts erreicht, nur Geld und Kummer ist bei vielen Familien eingezogen.

Man sollte es nicht für möglich halten, welche thörichten Vermuthungen in Paris an die unerwartete Reise des deutschen Kaisers nach Straßburg und die Alarmirung der dortigen Garnison geknüpft worden sind, wenn nicht glaubwürdige Privatmeldungen darüber vorlägen. Man befürchtete allen Ernstes in der französischen Hauptstadt, daß es sich dabei um Vorbereitungen zu einem plötzlichen Angriff auf die durch den Panamascandal erschütterte französische Republik handeln könnte. Ist diese Beforgniß bezeichnend für das schlechte Gewissen der Franzosen, so bekundete sich doch gleichzeitig von Neuem ihre erstaunliche Unkenntniß des deutschen Characters. Die Franzosen, deren classische Dichter griechische Heldengestalten nach französischen Vorbildern geformt haben, beurtheilen auch in der Politik die anderen Völker nur nach ihren eigenen Neigungen und Gesinnungen. Sie können sich daher gar nicht von der verkehrten Vorstellung frei machen, daß die Deutschen beständig auf der Lauer liegen, um eine günstige Gelegenheit zu einem Ueberfall auf den westlichen Nachbar zu ergreifen. Daß sie selbst durch ihre unverbesserliche Heißhätigkeit und ihren blinden Haß den Deutschen seit 1871 schon unzählige Anlässe zum Streit geboten haben, und daß nur die unerlöschliche Friedensliebe Deutschlands den Ausbruch eines neuen blutigen Kampfes bisher verhindert hat, dieser naheliegende Gedanke kommt den naiven Franzosen augenscheinlich gar nicht in den Sinn.

Vom Reichstag. Gestern beriet man die Börsensteuer. Staatssecretär Freiherr von Malchow erklärte, der Zweck der Vorlage sei ausschließlich ein finanzieller. Die erhöhte Besteuerung der Börsenumsätze treffe die wohlhabenderen Kreise. Zwar tage jetzt die Börsencommissionskommission, aber diese solle nur die Auswüchse des Börsengeschäfts treffen. Das hintere also nicht die Einbringung dieser Vorlage. Wenn die wirtschaftliche Depression aufhöre, so sei das Doppelte des bisherigen Ertrages, also 26 Millionen, sicher zu erwarten. Die Verdoppelung der Steuererträge vermehre die wirtschaftliche Depeffion nicht. Der Börsenverkehr werde voraussichtlich nicht ins Ausland gedrängt werden. Der Staatssecretär wies darauf hin, daß Frankreich im Begriff sei, eine ähnliche Börsensteuer einzuführen. Abg. Siemens (freisinnig) ist gegen die Vorlage. Er führte aus, die Leichtigkeit, mit der die Regierungen die Vorlage begründeten, läge sich auf eine tiefgehende Strömung im Lande. Wenn man die Börse angreife, verwechsle man jedoch Ursache und Wirkung. Die Börse sei nur der Vermittler für die Befriedigung des Geldbedürfnisses im Handel und in der Industrie. Die Vorlage werde den erwarteten finanziellen Erfolg nicht haben. Andererseits werde das mobile Kapital in seiner

kulturellen Entwicklung in Deutschland geschwächt, während es gleichzeitig in anderen Ländern gestärkt werde. Von der Börsensteuer habe das Großkapital den Vortheil auf Kosten des kleinen Kapitals. Die Entwicklung des Arbitragegeschäftes sei bei der Stempelverdoppelung sehr unwahrscheinlich. Redner erinnerte an die Zeit, wo Deutschland sich der russischen Werthe entledigen und sie an das Ausland abgeben wollte. Das war nur durch die Mitwirkung der Börse möglich. Die Börsensteuererhöhung in Frankreich könne uns bei dem internationalen Charakter des Geldes als Waare nur günstig sein. Abg. Niehnert erklärte, die Conservativen billigten die Vorlage, ja sie wären mit einer noch schärferen Börsenbesteuerung einverstanden. Daß das Arbitrage-Geschäft in den letzten Jahren zurückgegangen sei, lag an der allgemeinen wirtschaftlichen Depression. Wie sehr sich das mobile Kapital bisher der Besteuerung entzogen habe, das ersehe man aus dem Vergleich der preussischen Einkommensteuer. Alle Geschäfte, die nicht durch effective Lieferung, sondern durch Differenzzahlung erledigt werden, müßten höher besteuert werden. Könne man die legitimen Zeitgeschäfte von den Spielgeschäften nicht trennen, so sei vor der Höherbesteuerung aller Zeitgeschäfte nicht zurückzusehen. Abg. Niehnert empfahl eine erhöhte Emissionssteuer für ausländische Anleihen. Eine solche Emissionssteuer würde mit der vorgeschlagenen Börsensteuer 50 Millionen ergeben. Hätte man gleich gesagt, daß die Börse die Hauptlast der Militärvorlage tragen solle, so hätte die Militärvorlage von vornherein mehr Sympathie gefunden. Abg. Singer erklärte, die Sozialdemokraten lehnten die Vorlage ab, weil sie zur Deckung der Kosten der Militärvorlage bestimmt sei, die Redner als kulturfeindlich bezeichnet. Die Börse sei ein notwendiges Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Vorlage treffe das Jobberthum gar nicht, ebensowenig das Großkapital. Singer empfahl das Verbot der Reportgeschäfte als ein Mittel gegen das Spielgeschäft und verlangte die Befreiung des Aktienvollgenusses der Berliner Kaufmannschaft, da dieses die einseitigsten Börseninteressen vertrete. Abg. Marquardt erklärte, die National-liberalen wüßten auf die Börsensteuererhöhung eingehen, falls die Arbitrage in ihrem Bestande erhalten bleibe. Die Börsensteuer verdiene vor den beiden anderen Steuer-Vorlagen den Vorzug. Er beantragte, die Vorlage an die Militärkommission zu überweisen.

Niederlande. Nachdem sich in den letzten Tagen größere Trupps beschäftigungsloser Arbeiter und Socialisten in den Straßen Amsterdams angesammelt hatten, zog vorgestern ein gegen 800 Personen zählender Trupp vor die Börse, um dort einzudringen, was aber eine Abtheilung Polizisten verhinderte. Die Socialisten entfalteten eine rothe Fahne, worauf die Polizei mit der blanken Waffe vorging und sich der Fahne bemächtigte, wobei ein Polizist am Kopfe schwer verwundet wurde. Der Träger der Fahne entkam. In den anderen Stadttheilen fanden ebenfalls thätliche Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Socialisten, welche sich zusammenrotteten und in verschiedenen Bäckereien Brod verlangten, statt.

England. In England hat sich eine neue unabhängige Arbeiterpartei gebildet, die bald im politischen Leben des Inselreiches eine wichtige Rolle spielen dürfte. Ihr Programm enthält fast jeden Vorschlag, der von irgend einem revolutionären Geist in England erdacht worden ist. Die Abschaffung der Monarchie und des Hauses der Lords ist die erste Forderung. Eine näherliegende Forderung bildet das allgemeine Stimmrecht; der achtstündige Arbeitstag ist durch ein Gesetz einzuführen. Kinder unter vierzehn Jahren dürfen nicht arbeiten. Der Staat trägt Sorge für die Kranken, für die zur Zeit Unfähigen und für die unbemittelten Wittwen und Waisen. Jede indirekte Steuer ist abzuschaffen, eine abgestufte Einkommensteuer tritt an ihre Stelle.

Serbien. Aus Biarritz kommt die überraschende